

Rede von Matthias Bärwolff

Regelsätze in der Sozialhilfe zum 1. Juli 2006 erhöhen / Soziale Grundsicherung statt Almosen in Armut

Zu den Anträgen der Fraktion der SPD und Linkspartei.PDS - Drucksache 4/1985 und 4/2004 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Abgeordnete, ich habe schon einiges Lächeln auf Ihren Lippen gesehen, das finde ich ja sehr angenehm. Grundsicherung statt Almosen, so heißt unser Antrag. Ich will nur ganz kurz auf das eingehen, was auch der Kollege Pilger noch mal gefragt hat. Es geht nicht darum, dass nur die 25-Jährigen den Regelsatz gekürzt bekommen sollen oder dass man die davon ausnimmt. Nein, darum geht es nicht. Sondern mit dem Hartz-IV-Optimierungsgesetz wurde ja der Regelsatz für die Unter-25-Jährigen generell gekürzt. Diejenigen, die noch nicht 25 sind und noch keine eigene Bedarfsgemeinschaft gegründet haben, bekommen nur 80 Prozent des Regelsatzes überhaupt ausgezahlt, also die 276 € statt der 345 €. Dagegen wenden wir uns.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Denn Eigenverantwortung und Freiheit kann man nicht vom Geld abhängig machen, sondern Eigenverantwortung muss man fördern, und wenn Eigenverantwortung dann eingeschränkt wird, wenn man abhängig ist, wenn man Leistungen bezieht, dagegen habe ich schon etwas.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Da gibt es hier so eine Bundestagsdrucksache, in der heißt es ungefähr: Es erhält keiner Leistungen nach dem SGB II, der sich ohne Zustimmung des persönlichen Ansprechpartners außerhalb des in der am 23. Oktober 1997 geänderten Erreichbarkeitsanordnung EAO vom 16. November 2001 definierten zeit- und ortsnahen Bereiches aufhält. Das also fällt auch noch da hinein mit dem SGB-II-Optimierungsgesetz. Jetzt hat man nicht nur Stallpflicht für Unter-25-Jährige eingeführt, nein, man hat auch noch eine Art Residenzpflicht eingeführt für Hartzempfängerinnen und -empfänger. Wenn das die Freiheit ist, meine Damen und Herren, für die Sie 1989 auf die Straße gegangen sind, dann frage ich mich: Sind Sie denn nur einmal Held oder hat sich das mit dem Heldentum jetzt schon geändert?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ist doch eine Unverschämtheit, Rotzlöffel.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Tasch, dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

Abgeordneter Bärwolff, Die Linkspartei.PDS:

Es kann doch nicht sein, dass, wenn ein Arbeitsloser seine Kommune verlässt, das nicht beim Arbeitsamt meldet, er dafür dann eine Sanktion bekommt. Was ist denn das für eine Freiheit, was ist das denn für ein Begriff von Freizügigkeit?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Rotzlöffel.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Abgeordnete Tasch, ich habe Ihnen vorhin für diese Bezeichnung einen Ordnungsruf erteilt. Ich erteile Ihnen jetzt noch einen. Sie wissen, dass beim dritten eine weitere Sanktion erfolgt.

Abgeordneter Bärwolff, Die Linkspartei.PDS:

Gut. "Hartz IV fördern und fordern", das war der große Leitsatz, das war das große Motto des Hartz-IV-Gesetzes. Man muss einmal ganz klar konstatieren, Hartz IV ist ein voller Erfolg. Klar, die Kommunen müssen draufzahlen, klar, die Arbeitslosen bekommen nicht schneller Arbeit, aber der Bund hat immerhin 4,5 Mrd. € gespart und in diesem Sinne muss man schon einmal konstatieren, dass Hartz IV durchaus ein Erfolg ist. Denn - so jedenfalls meine Auffassung - es geht dabei nicht um die Arbeitslosen, es geht dabei leider Gottes nicht unbedingt darum, ihnen zu helfen, sie in Arbeit zu integrieren,

(Unruhe bei der CDU)

nein, das können Sie auch ganz wunderbar in der Begründung des Hartz IV Optimierungsgesetzes nachlesen, es geht einzig und allein um das Geld. Wenn wir allerdings den jungen Menschen helfen wollen, den unter 25-Jährigen, sie wirklich in Arbeit zu bringen, dann - das hat Frau Thierbach hier auch schon angeführt - hilft uns eine Faulenzerdebatte hier nicht weiter.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Angesichts der Entwicklung - 5,2 Mio. Arbeitslose offiziell registriert, es wird noch eine Menge weitere geben, die z.B. nicht im Leistungsbezug sind, aber trotzdem Arbeitslos, sind Beleg dafür, die Arbeit ist alle. Das muss man an dieser Stelle einfach zugeben, Vollbeschäftigung wird es wohl so nicht mehr geben. Deshalb müssen wir eigentlich heute hier darüber diskutieren, wie man Arbeit umverteilen kann. Alle arbeiten ein bisschen weniger, dafür arbeiten aber viele Leute mehr oder dafür arbeiten mehr Leute, die aber weniger. Für die unter 25-Jährigen - um darauf auch noch einmal zurückzukommen - gibt es eine strukturelle Benachteiligung, die auch mit dem SGB II Optimierungsgesetz nicht weniger wird. Schauen Sie sich das an. Die Langzeitarbeitslosen, die benachteiligten Arbeitslosen und Jugendlichen unter 25 geraten schon in der Schulbildung in eine Art "strukturelle Benachteiligung", so kann man das schon auch benennen. Das geht los in der Schule. Familien, die sozial schwach sind, deren Kinder haben weniger Chancen auf eine höhere Bildung. Dort geht die Karriere im Sozialsystem schon los. Hier beginnen Armutskarrieren. Schauen Sie sich an, ein Jugendlicher, der in die Regelschule kommt, macht meinetwegen einen Regelschulabschluss, schafft ihn auch, aber dann geht es schon los mit den Ausbildungsplätzen. Die Wirtschaft und hier der Wirtschaftsminister loben sich ja gegenseitig - auch in der Staatskanzlei neulich - der Ausbildungspakt sei ein großer Erfolg. Die Realität sieht leider Gottes anders aus. Sie schreiben es auch in ihrem Fortschrittsbericht zum Ausbau Ost, dass das mit den Ausbildungsplätzen nicht so ganz funktioniert.

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Wo haben Sie das denn gelesen?)

In Ihrem Fortschrittsbericht zum Aufbau Ost schreiben Sie ganz deutlich, dass das mit den Ausbildungsplätzen nicht so funktioniert. Wenn die Presse da ist, erzählen Sie dann: "162 Jugendliche haben keine Ausbildung bekommen". Also hier ist auch eine relativ große Differenz zwischen Anspruch und Realität. In dieser strukturellen Benachteiligung bringt es

nun einmal nichts - das ist jedenfalls unsere feste Überzeugung -, einzig und allein mit Sanktionsmaßnahmen und Repressionen die Jugendlichen zur Arbeit zu bewegen. Denn viele Jugendliche haben gar nicht die Chance, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wenn Sie sich z. B. mit dem Projekt "Stellwerk" beschäftigen: Dort sind benachteiligte junge Menschen unter 25 Jahren. Und Sie werden es nicht glauben, dort sind so viele Jugendliche, die teilweise nicht einmal einen Schulabschluss. Die gehen aus der 6., 7. Klasse aus der Schule raus und haben nicht einmal einen Schulabschluss. Es mangelt ihnen an elementaren Grundkompetenzen: einen Arbeitstag durchhalten, pünktliches Erscheinen. Da muss unsere Förderung ansetzen und nicht beim Kürzen von Leistungen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Seela, CDU: Sie kennen ja Leute.)

Das, was daraus folgt und was eigentlich noch viel schlimmer ist, als die Generation, die wir da vergessen haben oder wir gerade dabei sind, zu vergessen, ist einfach der Fakt, dass es mittlerweile schon Karrieren in Armut gibt, dass das, was man im Westen beobachtet hat, dass es ganze Familien gibt, die nie gearbeitet haben, dass das auch sukzessive in den Brennpunkten in Thüringen stattfindet. Hier versagt die Gesellschaft und mit den Optimierungen im SGB II wird das auch weitergehen. Dieser Kreislauf von Frustration, Enttäuschung und andererseits aber Stigmatisierung, ich erinnere an eben diese Faulenzerdebatte, dieser muss durchbrochen werden.

Die Betrachtung des Problems "Arbeitslosigkeit" oder auch "Förderung von Arbeitslosen" muss vom Menschen ausgehen. Hartz IV hat leider Gottes nicht den Ansatz vom Menschen aus. Nein, Hartz IV hat nun einmal den Ansatz vom Gelde aus. Mehr Zeit für den Einzelnen, individuelle Förderung, das muss im Zentrum stehen, nicht aber die kollektive Forderung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das beginnt schon bei den Betreuungsschlüsseln. Der Betreuungsschlüssel für die unter 25-jährigen Jugendlichen liegt offiziell laut Gesetz bei 1 : 75. Allein in der ARGE Erfurt ist der offizielle Betreuungsschlüssel, also der, der vom Arbeitsamt wahrgenommen oder gewährleistet werden kann, bei 1 : 144 - 3.900 Jugendliche, 25 Fallmanager kommt man auf einen Schlüssel von 1 : 144 -, nicht eingerechnet die Jugendlichen, die sich bereits in Maßnahmen befinden. Der hohe Krankenstand der Fallmanager bzw. die unzureichende Qualifikation tragen da ihr Übriges bei. Bei einem Krankenstand von 15 Prozent bei den Fallmanagern kann man nun wirklich nicht davon sprechen, dass man individuell und eingängig sich mit den Einzelnen beschäftigt.

Auch bei der Qualifikation muss einiges getan werden. Gerade im Bereich der unter 25-Jährigen muss man sozialpädagogisch an die Problemlage herangehen. Dazu gehören leider auch, und das muss man den Damen und Herren von der CDU wahrscheinlich noch ein bisschen deutlicher sagen, unbequeme Realitäten. Die Jugendlichen sind nicht einfach nur faul und wollen nicht arbeiten. Davon mag es einige geben, das Gros ist es mit Sicherheit nicht. Aber die Probleme, die die Jugendlichen haben, sind schwerwiegend: Drogen, Schuldenprobleme oder aber, wie bereits erwähnt, ohne Schulabschluss. Hier geht es nicht nur um die Vermittlung in Arbeit, nein, hier geht es darum, mit sozialpädagogischen Fachkräften Hilfe zu leisten. Und, das muss man hier auch noch mal sagen, mit der Streichung des § 19 a im Kinder- und Jugendhilfegesetz der Jugendberufshilfe hat man den Kommunen und auch den Jugendlichen keinen Gefallen getan.

Wir fordern Sie dazu auf, dieses Problem tiefgründig zu betrachten. Jungen Menschen muss man langfristig und vor allem nachhaltig helfen. Sanktionsmaßnahmen en masse helfen da wenig und haben vor allem keine nachhaltige Wirkung; Ein-Euro-Jobber, begrenzt auf sechs Monate, ebenfalls nicht. Hier geht es darum, langfristige Projekte zu initiieren. Ein Beitrag wäre "Stellwerk", einen anderen Beitrag hat ja der Staatssekretär gestern auf meine Mündliche Anfrage auch schon vorgeschlagen, die Projekte von dem Wettbewerb "Jugend in Arbeit". Solche Maßnahmen müssten viel häufiger, viel intensiver und viel mehr gefördert werden, denn eine Förderung oder eine Maßnahme nur für ein halbes Jahr, in dem Jugendliche, die benachteiligt sind, einen Ein-Euro-Job zum Beispiel ausfüllen, helfen da wenig, zumal, und das, denke ich, ist noch besonders hervorzuheben, die Abbrecherquote nach einer ordentlichen Maßnahme wie z.B. dem Projekt "Stellwerk" - wenn also die Jugendlichen das Projekt "Stellwerk" durchlaufen haben und z.B. einen Schulabschluss nachgeholt haben oder so etwas - dann gerade einmal 10 Prozent beträgt. Die Abbrecherquote bei der normalen Berufsausbildung, also bei dem normalen Werdegang, die kennen Sie ja alle und die ist bei ungefähr 40 Prozent.

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: 24 Prozent, Herr Bärwolff!)

24? Da gibt es aber auch andere Zahlen.

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Aber Sie übertreiben ja immer gern.)

Na gut, dann übertreibe ich. Dann sind es 24, aber selbst die 10 Prozent aus dem Stellwerk-Projekt sind besser als Ihre 24, die Sie hier sagen. Aber, ich denke, bei den Zahlen vom DGB sind durchaus 40 Prozent genannt.

Wie gesagt, wir möchten gern, dass Sie sich mit diesem Thema grundhaft befassen. Wir möchten gern, dass die Jugendlichen und ihre Probleme im Zentrum stehen. Natürlich kostet das Geld, wenn man die Jugendlichen qualifiziert, wenn man ihnen Angebote unterbreitet. Aber gerade Sie, die ja immer so ökonomisch rechnen: Ich habe den Verdacht, dass es viel teurer ist, wenn man eine ganze Generation durchzuschleifen, durchzufüttern, sie im Sozialbezug oder sie im Leistungsbezug zu halten, anstatt sie in ordentliche Maßnahmen zu stecken, die vielleicht auch vier Jahre dauern können - warum denn nicht? Und die können auch ein bisschen teurer sein, aber sie zu vergessen, das ist, denke ich, kein guter Weg. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)